

Resolution

Schluss mit den schmutzigen Tricks gegen oppositionelle Kräfte in Deutschland!

Wie am 09.Juli 2021 bekannt wurde, hat der Bundeswahlausschuss entschieden, dass die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) nicht an den Bundestagswahlen teilnehmen darf und ihre Rechtsstellung als Partei verloren hat.

Begründet wird dies mit verspätet eingereichten Rechenschaftsberichten. Mit dieser absurden Begründung droht der DKP nun ein existenzieller Schaden. Es ist ein kaltes Parteiverbot durch die Hintertür, die Aberkennung des Status als politische Partei mittels bürokratischer Winkelzüge.

Dass die Vertreterin der LINKEN im Bundeswahlausschuss diesem Vorgehen auch noch zugestimmt hat ist für uns völlig unverständlich und wir missbilligen dies zu tiefst.

Dieses Vorgehen ist alles andere als nur eine "bürokratische Überkorrektheit" der Bundestagsverwaltung. Aus unserer Sicht steht es in einem Zusammenhang mit anderen Versuchen des bürgerlichen Staatsapparats gegen Sozialist:innen, Kommunist:innen, Antifaschist:innen und Linke im Allgemeinen mit juristischen und bürokratischen Manövern vorzugehen. Wir erinnern daran, dass der Bundesvereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) vor zwei Jahren ihre Gemeinnützigkeit aberkannt wurde und sie diese mit viel Mühe zurückerkämpfen musste. Wir erinnern an das trickreiche Vorgehen gegen attac und Campact, denen die Gemeinnützigkeit ebenfalls entzogen wurde.

Wir erinnern an die Forderungen aus den Reihen der CDU nach dem Verbot der Roten Hilfe. Wir erinnern an die ungezählten Trickserien zur Kriminalisierung der kurdischen Befreiungsbewegung.

Wenn die Regierungspartei CDU in Dutzende Korruptionsskandale verwickelt ist und diverse Politikerinnen und Politiker der großen Parteien (nach den Fristen!) enorme Summen als Nebeneinkünfte nachmelden, die sie vorher "vergessen" hatten anzumelden, dann passiert nichts. Niemand würde auch nur auf die Idee kommen, dass Annalena Baerbock jetzt nicht mehr kandidieren darf oder die CDU nicht mehr auf dem Wahlzettel stehen dürfte. Auch das macht deutlich, dass die verspäteten Rechenschaftsberichte der DKP ein Vorwand sind.

Die dubiosen Finanzaffären der AfD sind kein Grund die Spenden der AfD mal genauer zu untersuchen.

All diese Maßnahmen zielen darauf, fortschrittliche, demokratische, linke Kräfte zu behindern, zu kriminalisieren und ihre Arbeit unmöglich zu machen. Dagegen setzen wir unsere Solidarität von unten.

Angesichts der Kämpfe gegen die Klimakatastrophe und zunehmender gesellschaftlicher Widersprüche, wird der Klassenkampf von oben gegen antikapitalistische Kräfte und Organisationen verschärft.

Wir sind solidarisch mit der DKP und allen antifaschistischen, antikapitalistischen und sozialistischen Kräften in der Republik, die die herrschenden Klassenverhältnisse kritisieren und sich für den Aufbau von Gegenmacht und eine Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse einsetzen.

Der Druck der herrschenden Klasse und ihres Staates auf linke Kräfte wird immer stärker. Wir stellen uns solidarisch dagegen und werden diesem Vorgehen einen Riegel vorschieben! Wir sind solidarisch mit den betroffenen Organisationen und Verbänden und treten diesem Versuch eines kalten Parteiverbots durch die Hintertür entgegen. Wir fordern die sofortige Rücknahme des Beschlusses des Bundeswahlausschusses.